

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Haefele & Vogler, G. L. Daube,
J. Waldbauer, Berlin, Bernh. Arndt, Max Bernmann,
Eberfeld B. Thienes, Greifswald G. W. S. Halle, a. S.
J. A. B. & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
W. W. W. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Herr. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Meldungen vom Kriegsschauplatz bei den Philippinen gehen sehr dürrig ein, eine Drahtmeldung aus Hongkong, die von der „Wallstreet News Agency“ verbreitet wird, theilt mit, daß Manila gefallen sei. Die amerikanische Flotte wehe auf den Philippinen.

Nach einer Depesche des „N. Y. Journ.“ aus Washington wird Mac Kinley Mobilisierung und Konzentration aller regulären und freiwilligen Truppen der Weststaaten in San Francisco anordnen, um sie als Okkupationsarmee für die Philippinen zu verwenden. Amerika werde die Philippinen bis zur Beendigung des Krieges besetzt halten; jodann würden die Inseln einen Theil der Kriegsentlastung abgeben müssen. Zweihundert Kanonen, die sich in New York hatten anwerben lassen, sind in Tampa eingetroffen; sie werden mit anderen Kanonen, die sich unter Führung von Julio Sanguily zur Zeit hier aufhalten, in ein Kavallerieregiment eingereiht werden. Für den Transport von Truppen sind bereits Dampfer bestellt. Die erste Expedition wird voraussichtlich aus 3000 Mann Infanterie, 1000 Mann Kavallerie und 10 Batterien bestehen. Das Präsidium in New York wird voraussichtlich den spanischen Dampfer „Catalina“ freigeben. Der Kreuzer „Danco“ wird sich dem Blockadegeschwader anschließen. Der bisherige Generalmajor in Sabana, Lee, ist zum Generalmajor ernannt worden.

Ueber die Begegnung des spanischen Dampfers „Argonauta“ sind nach dem „Vir. Neuer“ folgende Einzelheiten zu melden: Die Kriegsschiffe „Albatros“, „Marblehead“ und „Eagle“ kamen am Freitag auf der Höhe von Cienfuegos an und sahen die „Argonauta“ sich nähern. „Albatros“ feuerte auf die „Argonauta“, die, am Zug getroffen, stoppte und dann an genommen wurde. Die spanischen Offiziere und Soldaten wurden auf den „Albatros“ gebracht, die Passagiere bei Cienfuegos an das Land gesetzt. Zwischen den amerikanischen und den inquisitor aus dem Hafen von Cienfuegos ausgetauschten spanischen Kriegsschiffen entpuppte sich eine zwanzig Minuten währende Kanonade. Wie sich denken läßt, überstieg in Amerika die Begeisterung der Volksmenge alle Grenzen, den ganzen Tag zogen Manifestanten vor dem Weißen Hause in Washington vorbei unter Abführung patriotischer Rieder. Mac Kinley erschien mehrmals auf dem Balkon und wurde stets stürmisch applaudiert.

Die Ereignisse nehmen nunmehr einen raschen Verlauf. Heute bereits erfolgt die Landung der Amerikaner auf Kuba, wahrscheinlich bei Sagua la grande, so daß die Entscheidung bevorsteht. Sehr traurig sieht es inzwischen in Spanien aus, in Madrid herrscht vollständige Athlosigkeit. Die Furcht vor der Revolution beschäftigt die Regierung mehr als der Krieg, dessen Ausgang Niemand mehr bezweifelt. Heute noch soll der Belagerungszustand in allen größeren Städten proklamiert werden. Der Gouverneur von Madrid, General Daban, konfiskierte lange mit der Königin-Regentin bezüglich der Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe in der Hauptstadt. Der „Imparcial“ führt eine heftige Sprache gegen die Regierung, welche er beschuldigt, die Wahrheit zu verbergen; die meisten Depeschen des „Imparcial“ würden inhibiert oder verpöht ausgefolgt. In Kreisen, welche der Regierung nahe stehen, wird erklärt, Spanien würde sofort Frieden schließen, falls Amerika einwilligt, daß eine Konferenz der Großmächte das künftige Schicksal Kubas bestimme. Nach Meldungen aus Manila wurde dort knapp vor der Seeschlacht in der Bucht von Cienfuegos ein Versuch unternommen, 71 Beschwoerer kriegsrechtlich erschossen.

Ein Leitartikel des Madrider „Imparcial“ beurteilt die Lage optimistisch. Die Vorgänge in Manila seien mehr geräuschvoll als folgenreich. Das amerikanische Geschwader mit zusammen 2000 Mann könne die Landung nicht wagen. Manila sei durch 20 000 Mann vertheidigt. Im Jahre 1762 bemächtigte sich England mit viel bedeutenderen Streitkräften Manilas und rechnete auf die Mitwirkung der Eingeborenen, unter denen kurz vorher ein Aufstand gewaltsam unterdrückt worden war, wurde jedoch von ihnen zurückgeschlagen. Die Lage werde nur dann verzweifelt, wenn in Spanien selbst ein Aufstand ausbreche.

Der amerikanische Vorkämpfer in Paris versichert Panotag, Amerika wolle die Philippinen nicht behalten. Mac Kinley werde die Inselgruppe Spanien zurückgeben, falls es sofort auf Kuba verzichtet. Panotag versprach, hiervon den spanischen Gesandten.

Die „N. Fr. Pr.“ erfährt aus Wiener diplomatischen Kreisen: Die Intervention der Mächte scheine noch keineswegs unmittelbar bevor; Spanien wird in den amerikanischen Gewässern noch einen entscheidenden Schlag wagen, seine Flotte wird an den Küsten Amerikas erscheinen und einen wichtigen Hafen blockieren oder bombardieren. Besonders Oesterreich und Frankreich müßten Spanien nicht allzu geschwächt wissen. Die hiesige spanische Botschaft demontirt die Gerüchte vom Ausbruch einer Revolution in Madrid und von feindseligen Demonstrationen gegen die Dynastie. Die Mächte betrachten eine etwaige Expansion Amerikas in Ostasien mit Mißtrauen.

Mädchen-Gymnasien.

Die vom Kultusminister D. Hoffe veranlagte Genehmigung eines von den städtischen Behörden in Breslau geplanten Mädchen-Gymnasiums hatte den Abgeordneten Hohen von der Freisinnigen Vereinigung veranlaßt, im Abgeordnetenhaus nach den Gründen für die Ablehnung des Gesuchs zu fragen. Die Antwort ist ihm vom Kultusminister in dankenswerther Offenheit ertheilt worden. Die Verhandlungen dürften auch für weitere Kreise interessant sein, weil sie den Standpunkt der Regierung und Volksvertretung zur Frauenfrage wiederlegen. Es handelte sich in Breslau nicht um ein humanistisches Gymnasium, sondern um ein sogenanntes Reform-Gymnasium. Dies ist eine Schule, die aus allen Schülern etwas übernehmen hat, die aber noch nicht die Probe bestanden hat. Nicht weniger als 36 Stunden — 7 bis 8 Stunden mehr als in Knaben-Gymnasien! — sollten die Mädchen vom 12. Jahre

an wöchentlich in klassischen Sprachen, Mathematik und andern schwer verdaulichen Fächern unterrichtet werden. Daß der Kultusminister einen solchen Versuch hinderte, wird jeder Sachkundige billigen. „Die Zahl der Unterrichtsstunden — so sagte der Abgeordnete Stöcker sehr richtig — ist unerhört und würde den weiblichen Organismus vernichten.“ Die Frau geht in der That dabei körperlich zu Grunde. Ihr Nervensystem ist den geistigen Anstrengungen des Studiums nicht gewachsen. Die Beispiele begabter Frauen, z. B. das von Frau Dr. Kempin und andern beweisen das; sie sind der Geisteszerstörung anheimgefallen. Schon aus gesundheitlichen Gründen war daher die Ablehnung gerechtfertigt. Noch mehr ins Gewicht fallen politische Erwägungen.

Die Stadt Breslau setzte voraus, daß die Befördererinnen der Anstalt mit der bestehenden Neisepflicht die Berechtigung zum Universitätsstudium erhalten würden. Dieses Zugeständnis wäre nicht nur ein Eingriff in die Befassung der Universitäten gewesen, sondern hätte auch bedenkliche Folgen nach sich gezogen, die in einer schadenbringenden Gleichstellung von Männern und Frauen bei Staatsämtern z. B. gipfeln würden. Die Frauen in dieser Weise zu Konfessionsrenten der Männer zu machen, ist aber widerwärtig. Der Wettbewerb zwischen Mann und Frau beruht auf verschiedenen Grundlagen. So hat beispielsweise der Mann der allgemeinen Weisheit zu genügen, nicht aber die Frau. Der Schöpfer selbst hat hier eine Grenze errichtet, indem er der Frau einen andern Wirkungskreis zuwies. Die Frau soll dem Manne keine Konkurrentin, sondern eine Gehilfin sein. Goethe läßt im Wilhelm Meister den Botario den Klagen über die angebliche Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts mit der Bemerkung entgegenreten, daß man es dem Manne nicht verargen könne, wenn er die Frau an die höchste Stelle setze, die sie einzunehmen fähig sei, und daß keine Höher sei als das Regiment des Hauses. Um tüchtige Hausfrauen zu werden, genügen aber die bestehenden Schulen vollständig. Da, wo die Frau ihren natürlichen Beruf im Hause als Gattin und Mutter nicht erfüllen kann, ist die Regierung stets bemüht gewesen, ihr eine weitere Erwerbsmöglichkeit auch in gelehrten Berufszweigen zu schaffen. Wiederholt sind Mädchen zum Abiturienten-Gamen zugelassen und auch zum Doktor promoviert worden. Doch das sind Ausnahmen. Die Frauen mögen in mancher Beziehung ebenso begabt sein, wie Männer, ja ihnen überlegen sein, aber im Großen und Ganzen wird die Frau in ihren geistigen Leistungen dem Manne nicht gleichkommen können. In den seltensten Fällen ist sie im Stande, den Geist der Wissenschaften in demselben Maße zu erfassen, wie der Mann. Die Erfahrung hat dies in Ländern, wo es Mädchen-Gymnasien giebt, bestätigt. In Amerika haben die Mädchen-Gymnasien nicht die wissenschaftliche Bildung der Besucherinnen gefördert, sondern die der Knaben herabgedrückt. Man hat die Ansprüche an die männliche Jugend verringern müssen, um den Mädchen das Mitkommen zu ermöglichen. Aehnliche Wahrnehmungen sind anderswo gemacht. Der einzige positive Erfolg der Mädchen-Gymnasien ist die Verneinung des sittlichen und geistigen Proletariats. Unter solchen Umständen darf die Stellung der Regierung und Volksvertretung zu den Mädchen-Gymnasien auf den Beifall der einsichtigen Kreise der Bevölkerung rechnen. Daß die Vertreter der Frauen-Emancipation auf einem andern Standpunkt stehen, kann nicht Wunder nehmen. Durch ihre übertriebenen Forderungen haben sie der Durchführung der berechtigten bisher nur Hindernisse bereitet.

Staatliche Arbeiter-Wohnungen.

Wie wenig die immer wieder aufzunehmenden Anlagen über den Stillstand in der staatlichen Sozialreform berechtigt sind, ergibt sich unter anderem aus dem Gesetzentwurf über „die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten.“ Zu diesem Zwecke sind zum ersten Male im Jahre 1895 fünf Millionen Mark gefordert worden. Damals handelte es sich um einen Versuch, der, wie die Erfahrung erwiesen hat, befriedigend verlaufen ist. Aus den drei Jahren bewilligten Summen sind Miethswohnungen errichtet und Darlehen an Baugenossenschaften gewährt worden. Bei der Eisenbahnverwaltung sind insgesamt 812 Wohnungen hergestellt oder im Bau begriffen, und zwar 277 vierzimmerige, 363 dreizimmerige und 172 zweizimmerige. Bei der Bergverwaltung sind bis jetzt im Ganzen 32 Häuser mit zusammen 106 Wohnungen theils fertiggestellt, theils in Angriff genommen. Auch die staatliche Baubehörde hat angefangen, den dargebotenen Kredit zur Verbesserung der Arbeiter-Wohnverhältnisse nutzbar zu machen. Als Darlehen an eine Baugenossenschaft sollen demnächst 250 000 Mark bewilligt werden. Damit ist aber auch der fünf Millionen-Fonds aus dem Jahre 1895 verzehrt. In Folge dessen wird von der preussischen Staatsregierung beim Landtage ein neuer Kredit von fünf Millionen nachgesucht, gegen dessen Bewilligung sich kaum etwas einwenden läßt, da die Aufwendungen durch die Miethgelder sich angemessen verzinsen. Die Thatfache einer solchen Verwendung staatlicher Mittel verdient umso lebhafter begrüßt zu werden, als es neuerdings in gewissen Kreisen üblich geworden ist, der Staatsregierung vorzuwerfen, daß sie nichts für die Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiete zu thun willens sei.

Wettstreit für Männergesangsvereine.

Der Kaiser hat, wie wir erinnern, am 27. Januar 1895 einen Wanderpreis für deutsche Männergesangsvereine gestiftet. Der Wettstreit soll im Sommer 1899 (wahrscheinlich im Juni) zum ersten Male stattfinden, und zwar in Kassel. Die Kommission, welche auf Befehl des Kaisers mit der Vorbereitung und Ausführung der kaiserlichen Bestimmungen betraut ist, besteht aus dem Grafen v. Hochberg als Vorsitzenden, dem Professor Albert Beder, H. v. Herzogenberg und G. Bierling, Hofmusikalienhändler Hugo Bock,

lgl. Musikdirektor Georg Vierling und Geh. Oberregierungsratrich Grim Müller vom Kultusministerium. Diese Kommission giebt jetzt die näheren Bedingungen des Wettstreites bekannt.

Es können nur solche Männergesangsvereine des deutschen Reiches, welche mit mindestens hundert Sängern sich an dem Wettstreit theilnehmen, zu dem Wettstreit zugelassen werden. Sängern von Beruf sind ausgeschlossen, ebenso Vereinsmitglieder, welche weiter als 15 Kilometer vom Orte ihres Vereins wohnen, es sei denn, daß solche Sänger dem betreffenden Vereine zur Zeit der Anmeldung mindestens zwei Jahre angehören. Die am Orte des Wettstingens bestehenden Vereine und Sängerkorps können an dem Wettstingens nicht theilnehmen. Bei der Meldung zur Theilnahme an dem Wettstreit sind die Mitglieder, welche an dem Wettstingens theilnehmen wollen, mit Namen und Wohnort aufzuführen. Nur solche Mitglieder, welche dem Vereine zur Zeit der Anmeldung aktiv angehören, können zugelassen werden. Das Wettstingens beginnt mit einem zu diesem Zwecke komponierten längeren Konwerte; dieses wird den zugelassenen Vereinen sechs Wochen vor dem Wettstingens in Partitur und Stimmen zugeestellt. Daran schließt sich der Vortrag eines Liedes im Volkston, welches den Vereinen eine Stunde vor ihrem Auftreten in Partitur und Stimmen übergeben wird. Beide Gesänge sind a capella-Gesänge und enthalten keine Soli. Ein dritter Gesang ist der freien Wahl eines jeden Vereines überlassen, nur muß derselbe ebenfalls ohne Instrumentalbegleitung sein, darf keine Soli enthalten und die Dauer von zehn Minuten nicht überschreiten. Ausgeschlossen ist hierbei auch ein Konwert, mit welchem der betreffende Verein bei früheren Wettstingens einen Preis errungen hat. Der Wanderpreis besteht in einem Kleinod aus edlem Metalle und soll während der Zeit des Besizes von dem Vorsitzenden des betreffenden Vereins bei festlichen Gelegenheiten um den Hals getragen werden. Ein dreimaliger Sieg, wenn auch nicht hintereinanderfolgend, bringt das Kleinod in den dauernden Besiz des Vereines; andernfalls wird bei der Abgabe der Name des Vereines mit der Jahreszahl auf dem Kleinod vermerkt. Das Preisrichteramt wird von neun hervorragenden Musikern ausgeübt, welche vom Kaiser ernannt werden. Die Preisvertheilung selbst erfolgt in einem feierlichen Akte, der eine feierliche Vereingung aller theilnehmenden Vereine folgt. Im Ganzen werden für das Wettstingens und die damit verbundenen Festlichkeiten zwei Tage in Aussicht genommen. Die Vorstände der Gesangsvereine werden ersucht, ihre Theilnehmung bei dem Feststingens der Kommission, Grafen v. Hochberg, bis 1. Dezember 1898 einzureichen.

Aus dem Reiche.

König Albert von Sachsen hat sich gestern Nachmittag von Dresden nach Stühlfenort begeben. — Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, der dritte Sohn des Prinzen Albrecht, der im Jahre seit dem 12. Juli 1890, dem Tage, an dem er zehn Jahre alt wurde, als Secondeleutnant beim 1. Garde-Regiment zu Fuß geführt wird, ist zum Premier-Leutnant befördert worden. — Zum Ministerialdirektor im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist der Wirkliche Geheim Oberregierungsratrich Willhausen ernannt worden. — Der General-Superintendent D. Dr. Richter war auf ein paar Tage von Pöln nach Berlin gekommen und hat gestern der kirchlichen Konferenz der Kurmark in Potsdam beigewohnt. Auf dieser theilte er mit, daß er nach erfolgter demnächstiger Einsegnung der kaiserlichen Krone vom 1. Juli ab wieder in sein Amt nach Berlin zurückkehren werde. Heute wird D. Richter, wie schon mitgetheilt, die Einweihung der Kaiser-Kirche zu Potsdam vollziehen. — Der frühere Senatspräsident des Krieger-Oberlandesgerichts, Geh. Oberjustizratrich Dr. Karl Christensen ist am 1. Mai in Kiel nach langem schweren Leiden verstorben. Derselbe hat in den Jahren 1871 und 1872 als national-liberaler Abgeordneter den Wahlkreis Flensburg-Limburg im Reichstagen vertreten. — Nach einer Korrespondenz ist in Berliner Stadtverordnetenkreisen die Ansicht vorherrschend, daß Bürgermeister Richter zum Oberbürgermeister gewählt und die Stelle eines zweiten Bürgermeisters frei wird. — In Berlin fand am Sonntag die Eröffnungsfest der katholischen Arbeitervereine „Leo-Opitz“ statt. — Im Verfolg des Kleinwieser Kommunalstreites wurde vom Bezirksausschuß die Amtsenthebung des Bürgermeisters Mische ausgesprochen. — Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung nahm den Antrag des Magistrats, zehn Schulärzte für Mittel- und Volksschulen anzustellen, an.

Deutschland.

Berlin, 4. Mai. Der Kaiser hat unter dem 30. April in Folge des spanisch-amerikanischen Krieges den Grafen v. Goeben, Premier-Lieutenant vom 3. Garde-Regiment, kommandirt zur Dienstleistung bei dem großen Generalstab, auf sechs Monate der Botschaft in Washington zugetheilt. Graf Goeben, der bekannte Afrikafahrer, war früher bereits der Botschaft in Washington beigegeben; er wird unverzüglich nach dem Kriegsausbruch abreisen. — Die Prinzen Heinrich XXXI. Neß und Hermann Stolzberg-Berningerode sind aus der Armee ausgeschieden. Sie werden sich ganz dem diplomatischen Dienst widmen.

— In dem soeben veröffentlichten Wahlaufsatz der konservativen Partei heißt es: „Die deutsche konservative Partei stellt die Erhaltung, Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung an die Spitze ihrer Aufgaben. Trennung der Befassung und unter gleichmäßer Hochhaltung der Kronrechte wie der persönlichen Freiheit tritt sie nach wie vor für die volle Wehrkraft des Volkes zu Lande und zu Wasser ein und steht in derselben eine unerlässliche Bedingung für die deutsche Machtstellung und für die Erhaltung des Friedens in ganz Europa. Wir wollen, daß die deutsche Politik nach Außen wie im Innern eine durch und durch nationale sei. Darum erstreben wir einen kräftigeren Einfluß der nationalen Arbeit ohne Bevorzugung einzelner Berufsgruppen, aber unter besserer Berücksichtigung von bisher

stiefmütterlich behandelten Gewerben. Wir werden demnach Handelsverträge, welche auf Kosten der Landwirtschaft einzelnen Exportindustrien Vortheile zuwenden, keinesfalls unsere Zustimmung geben. Wir werden darauf dringen, daß Handwerk und Kleingewerbe kräftiger als bisher gegen großkapitalistische Auswüchse und unbedachte Verlegung von Treue und Glauben im Geschäftsbetrieb geschützt werden. Wir erwarten jedoch nur von dem Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Faktoren eine erfolgreiche Förderung des Schanges der nationalen Arbeit und der einzelnen Berufsgruppen. Wir bekämpfen demagogische Umtriebe jeder Art, welche darauf hinarbeiten, die Gefinnung weiter Kreise unseres Volkes durch Zug und Trug in Wort und Schrift irre zu leiten und zu vergiften. Wir erachten es als eine Hauptaufgabe der nationalen Politik, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie in aller Schärfe geführt werde und fordern, daß dem Treiben gewerbmäßiger Agitatoren, die jede göttliche und weltliche Autorität untergraben und auf die Zerstörung der christlichen Gefinnung im Volke hinarbeiten, durch weiteren Ausbau der Gesetzgebung im Sinne der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 sowie durch energische Handhabung staatlicher Nachmittel entgegengetreten werde.“

— Nach einem Telegramm aus New York soll von der nordamerikanischen Regierung angeordnet worden sein, die deutschen Schiffe schärfer auf Kriegskontrollen zu untersuchen, als die Schiffe der übrigen neutralen Staaten. Die „Post“ kann dem gegenüber bemerken, daß von einer solchen Verfügung Amerikas, die eine Verletzung Deutschlands in sich schließen würde, hier an Stellen, die zuerst darüber unterrichtet sein müßten, gar nichts bekannt ist. In die gleiche Klasse, wie diese Nachricht, gehört eine gestern von mehreren Blättern verbreitete Angabe, in der es hieß, daß Deutschland und Frankreich gleichzeitig Protest gegen eine Erwerbung der Philippinen eingelegt hätten, da Kuba der einzige casus belli sei. Von einem solchen Protest weiß man hier ebenso wenig etwas, wie von einer verhängten Anordnung Amerikas den deutschen Schiffen gegenüber.

— Im englischen Unterhause fragte gestern Abg. Hedderwick an, ob das Verhört begründet sei, daß die Regierung eine Abtretung Santhos an Deutschland erwäge. Der erste Lord des Schages, Balfour, erwiderte, er habe von diesem Gerücht keine Kenntnis; er müßte jedoch gestehen, das sei sehr albern. Der erste Lord der Admiralität, Goschen, erklärte, vor einiger Zeit sei seitens Englands das Kriegsschiff „Miner“ nach Manila geschickt worden, später habe die „Immortalité“ Ordre erhalten, nach Manila in See zu gehen. Zum Schutze der englischen Interessen und zur Durchführung der Neutralitätsbestimmungen in den kubanischen Gewässern seien alle Anordnungen getroffen. Nach den kanarischen Inseln werde ein Kriegsschiff geschickt. Seine, des Ministers, Aufmerksamkeit sei selbstredend auf die Zahl der Neubauten von Kriegsschiffen seitens der Seemächte gerichtet. Soweit ihm bekannt, hätte, seitdem er seine Vorgesetzte unterbreitet, keine Veränderung in den Bauplänen Frankreichs und Deutschlands stattgefunden. Inland beabsichtige, wie gemeldet, eine außerordentliche Aufwendung; es sei aber ungewiß, welcher Betrag auf das, was man Neubauten nennen könne, verwandt werden solle. Was die Frage betreffe, ob er einen Nachtragskredit fordern werde, so sei es etwas ganz Ungeheuerliches hinsichtlich der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit, eines diesbezüglichen Schrittes so bald schon nach Beginn des Finanzjahres eine Erklärung abzugeben.

— Die Aufhebungen in Italien aus Anlaß der Steigerung der Brodpreise breiten sich immer mehr aus, so daß die Bewegung das ganze Land zu ergreifen droht. Bezeichnend ist, daß der Ministerhath bereits die Ermächtigung zur eventuellen Einberufung einer Jahresklasse der Reserve ertheilt hat. Wenn hinzugefügt wird, man batte dafür, daß die Nothwendigkeit zu einer solchen Einberufung nicht eintreten werde, so ließen doch schon aus so zahlreichen Provinzen Meldungen über Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht vor, daß Beforgnisse wohl gerechtfertigt erscheinen. Der Ministerhath hat denn auch die nöthigen Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Dadurch konnte aber nicht verhindert werden, daß in Placenza aus Anlaß der Brodvertheuerung Unruhen entstanden, und es dann zu einem Zusammentreffen der Bevölkerung mit den Soldaten kam, von denen eine größere Anzahl verwundet wurde. Anderweitig erfolgten auch viele Verhaftungen.

In Frankreich macht sich derselbe Nothstand geltend wie in Italien. Der Vorstand des Pariser Gemeinderaths trat zusammen, um geeignete Maßnahmen für den Fall zu treffen, daß die Brodpreise zu steigen fortfahren, und die Regierung sich weigern sollte, die Kornzölle aufzuheben. Gleichzeitig mit dieser Nachricht, die einen nahen Konflikt zwischen dem „kleinen Parlament“ und dem Ackerbauminister Melini ahnen läßt, wird eine Statistik der Kornzufuhr aus Amerika veröffentlicht, woraus man ersieht, daß die Vorräthe seit dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges in weniger reichlichem Maße erneuert worden sind, als zuvor. Vom 1. als zum 20. April wurden 1081470 Doppel-Zentner, vom 20. bis 30. April nur 274035 Doppel-Zentner eingeführt, also verhältnismäßig nur halb so viel, wie in den zwei ersten Dekaden des Monats.

— Nach dem Aufhören der Kinderpest beabsichtigt die Seidelungs-Gesellschaft für Südwestafrika, schnellwüchsige Fleischviehbraten einzuführen, um den Verlust an verfügbarem Schlachtwiech zu ersetzen. Obwohl nun die Verhandlungen mit holländischen Viehhändlern, betreffend die Verlebung von Zuchtbullen, ein günstiges Ergebnis hatten, hat man doch wieder von der Ausföndung vollen Abstand genommen, da die Gefahr der Kinderpest nach amtlichen Nachrichten dort noch nicht ganz vorüber ist. Dagegen hat die Gesellschaft die Verbung der Kleinviehzucht ins Auge gefaßt. Es sind durch Vermittlung des Nittergutsbesizers von Schult auf Nigen, der seit Jahren nach Südafrika liefert, eine größere Zahl von Mutterkühen und einige Böck expedirt. Eigentliche Vollzucht lohnt bei den jetzigen Wollpreisen und der Höhe der Frachtpreise in den östlichen Gebieten noch nicht; es kämen bestenfalls die eigenen

Küsten heraus. Da es aber nur eine Frage der Zeit sein kann, daß bessere Verhältnisse eintreten, ist die Züchtung von Wollschafen im Auge gehalten, um gegebenenfalls rechtzeitig damit beginnen zu können. Ein Versuch war also wohl angezeigt, und es ist ein Verdienst der Seidelungs-Gesellschaft, daß sie auch diesen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Da rationelle Züchtung und Haltung von Ziegen Erfolg versprechen, sind auf Anrathen des Vereins deutscher Ziegenzüchter und des Kommerzienraths Ulrich-Pfungstadt drei Saanthal Ziegenböcke hinübergeschickt, nachdem bisher Versuche mit Züchtung fremden Blutes nur mit Angoras gemacht worden waren. Die Geflügelzucht war bisher ziemlich vernachlässigt, obwohl Hühner, Puten, Perlhühner und Gänse ausgezeichnet gedeihen; es sind sieben Vögel oder Rassen hinausgeschickt, die Direktor Dr. Blanke auf Empfehlung des Raths deutscher Geflügelzüchter ausgesandt hat. Es sind dies die Rassen La Fleda, Minorca, Langshan, gelbe Bantams. Auch sonst noch hat die Seidelungs-Gesellschaft diesem Zweige ihrer Thätigkeit noch bedeutende Aufmerksamkeit gewidmet. Solche aufsehnende Kleinigkeiten können bei einer späteren Besiedelung von größter Wichtigkeit werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die neuesten Prager Straßenexzesse bildeten gestern im österreichischen Abgeordnetenhaus den Gegenstand einer deutschen Interpellation und einer Erwiderung des Grafen Thun. Telegraphisch wird darüber gemeldet:

Ministerpräsident Graf Thun beantwortet die Interpellation heute betreffend die Prager Exzesse vom 24. April. Er erklärt, daß an dem genannten Tage einzelne bedauerliche Ausschreitungen auch gegen Angehörige der deutschen Nationalität vorgekommen seien, den betreffenden Ausschreitungen habe aber nicht, wie einzelne Blätter behaupten, ursprünglich ein nationales Moment zu Grunde gelegen. Der Ministerpräsident giebt eine Schilderung der Vorfälle und weist darauf hin, daß außer vier Schüssen des Restaurants „Deutsches Haus“ an diesem Tage keine Eigenthumsbeschädigung vorgekommen und außer einem thätlich angegriffenen, aber nicht verletzten Studenten auch keine weitere Verhüllung vorgekommen sei, obgleich an diesem Sonntage in Prag ein Bummel von 120 Ansehensstudenten stattfand. Die Polizei sei strengstens angewiesen, die farbentragenden Studenten gegen etwaige feindliche Angriffe zu schützen. Die gegen die Behörden erhobenen Vorwürfe seien ungerechtfertigt. Mit Rücksicht auf die dem Ministerpräsidenten persönlich bekannten Dienstesgeschehnisse des Statthalters v. Sonnenhove weist der Ministerpräsident entziffen die gegen den Statthalter erhobenen Vorwürfe der Dienstverfälschung als eine die Beamtenschaft dieses Funktionärs schwer verletzende Beschuldigung zurück. Die Regierung verurtheilt scharfste die Störungen der Ruhe und Ordnung, welche traurige Begleiterscheinungen des beiderseitig geschlossenen Nationalabfasses und nationaler Unabwiesbarkeit seien, und erachte sich für verpflichtet, jede Verletzung der persönlichen Freiheit und des Eigenthums, wie Verhinderung der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte hintanzuhalten, und er werde auch der deutschen Bevölkerung Prag den behördlichen Schutz angedeihen lassen. Die vom Statthalter beantragte namhafte Vermehrung der Prager Sicherheitswache beschliefte die Regierung eingehend. — Abgeordneter Groß beantragt die Eröffnung der Debatte über die Interpellationsbeantwortung. Der Antrag wird mit 126 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Das Haus geht zur Tagesordnung, Fortsetzung der Debatte über die Sprachenanträge über.

In der darauf folgenden Sprachendebatte gab Baron Dipauli die Erklärung ab, die katholische Volkspartei habe ihren Standpunkt dahin geändert, daß auch sie die Aufhebung der Sprachenverordnungen fordere. Damit stellt sich die katholische Volkspartei völlig auf den Standpunkt der deutschen Opposition, und die Majorität der Regierung ist gesprengt.

Wien, 3. Mai. Ministerpräsident Graf Thun erklärte heute einem fortgeschrittenen Abgeordneten, er werde die Sprachenliste nicht aufheben, ehe nicht eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen erfolgt ist.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. Der oberste Landwirthschaftsratrich hat sich für Aufhebung der Getreidezölle bis zum 1. Juli d. J. ausgesprochen. — Der Ministerhath hat heute beschloffen, die Eingangsölle auf Getreide vom 4. d. M. bis zum 30. Juni einschließlich aufzuheben. Nach Ablauf dieser Zeit werden 7 Franks Eingangszoll für Getreide erhoben. Das entsprechende Dekret wird morgen veröffentlicht werden.

Asien.

Ueber den in Peking verstorbenen Prinzen Kung bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende lebensgeschichtliche Daten: „Der Verstorbene, der ein Alter von 65 Jahren erreicht hat (geb. 11. Januar 1833), war ein Bruder des Kaisers Dienfong. Politisch trat er zuerst im Jahre 1860 bei dem damaligen Konflikt mit Frankreich und England hervor und erwies sich als europafremdlich, indem er verschiedene Konfessionen an Europa beifürwortete. 1861 ward Kung zum Minister des Auswärtigen ernannt und dann, nach dem Tode Hienfongs, zum Regenten für den unmündigen Keffen Dienfong, Thungtschi, bestellt. Die Mächte der altchinesischen Partei, den jungen Kaiser auf ihre Seite zu bekommen, bereitete Kung durch einen Gewaltstreich, die Hinrichtung der Parteihäupter. Bei der späteren Unterdrückung des Taiping-Aufstandes fand Kung die Hilfe der Franzosen und Engländer, einen Dienst, den er mit Einführung gewisser Reformen und mit religiöser Duldung beantwortete. Mehrfach fiel Kung in Ungnade und wurde seiner Würden beraubt. Er gelangte aber wieder zu Ehren und bekleidete bis 1887 abermals das Amt des Regenten. Seit 1894 war Prinz Kung Präsident des Thunglihanen gewesen.“

Arbeiterbewegung.

In Eilenburg haben die Ziegeleiarbeiter die Arbeit eingestellt, sie verlangen eine Lohn-erhöhung von 75 Pf. auf das Tausend Steine. — In Brandenburg a. d. Havel haben die

